

Erdgaseinsparungen jetzt wirksam machen

Weitere Maßnahmen zur konkreten und verbrauchernahen Umsetzung von Energiesparaktivitäten

1) Klare Kommunikation über die Ziele der Einsparungen

Russland setzt Erdgas als politische Waffe ein. Resultat ist ein perfider Wirtschaftskrieg von erheblicher Relevanz. Alle Haushalte und Unternehmen sind jetzt gefragt, Gas einzusparen. Vielfach fehlen Haushalten allerdings zielgerichtete Informationen zu den konkreten Auswirkungen der Situation, ebenso wie konkrete Maßnahmen, die sie ergreifen können. Das schafft Frust und riskiert Fehlverhalten.

Als wesentliche Zielsetzungen der Einsparungen sollten deshalb kommuniziert werden:

1. Niemand muss in diesem Winter frieren: Und das meint nicht, bei abgesenkter Zimmertemperatur mit einem Pullover in der Wohnung zu sitzen, sondern wegen einer bundesweiten Gasmangellage auf die Wärmeversorgung insgesamt verzichten zu müssen. Wenn jeder Einzelne ebenso wie Unternehmen Gas sparen, lässt sich eine bundesweite Gasmangellage verhindern und die Wärmeversorgung bleibt sichergestellt.

2. Strukturelle Brüche bei Industrieunternehmen verhindern: Die Industrie ist für Wohlstand und Wachstum, aber auch für dringlich benötigte Güter zur Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger wichtig.

3. Alle müssen sparen: Der Staat kann nicht alle steigenden Kosten auffangen, er wird nur den am härtesten Betroffenen helfen können. Viele werden Einschränkungen erleben, die sich nicht durch staatliche Leistungen kompensieren lassen. Je mehr jeder Einzelne spart, desto besser kommt Deutschland durch den Winter und desto geringer sind die Kosten für alle.

2) Haushalte, Gebäudeeigentümer und KMU direkt und unmittelbar adressieren

Haushalte sind für rund 30 Prozent des Erdgasverbrauchs verantwortlich. Einsparungen in diesem Bereich setzen die unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Die Mehrheit hat bislang keine **direkten und gut aufbereiteten Informationen mit möglichen Folgen, Handlungsoptionen und konkreten Hinweisen über die Auswirkungen auf ihr zukünftiges frei verfügbares Einkommen** bekommen. Aktuell wird auf Appelle und Medienberichterstattung über die Energiepreisentwicklungen gesetzt.

Der Wissensstand über den eigenen Wärmeverbrauch, die bestmöglichen Handlungsoptionen und die konkreten finanziellen Belastungen in den Haushalten ist deutlich geringer als angenommen. Oft wissen die Menschen kaum, womit ihre Wohnung geheizt wird. Zugleich wachsen die Sorgen, dass die Wärmeversorgung zusammenbrechen könnte, was zu Ausweichhandlungen führt, wie dem Kauf von Elektroheizgeräten, Ölheizungen, Braunkohlebriketts oder Holz. Insbesondere der Einsatz von Elektroheizgeräten erhöht den Strombedarf, der teilweise wieder aus Gaskraftwerken gedeckt wird. Für Verbraucherinnen und Verbraucher führt diese Art zu Heizen zu massiven Kostenbelastungen. Durch den gleichzeitigen Betrieb könnte es außerdem zu Überlastungen im Stromnetz kommen.

Als weitere Maßnahmen schlagen wir vor:

- Ausweitung der Energiewechsel-Kampagne des BMWK auf eine übergreifende **Bund-Länder-Kommission Energieeinsparungen**, um die größtmögliche Wirkung aller geplanten Maßnahmen zu erzielen. Gegenwärtig werden im BMWK mit Unterstützung der dena mit viel Engagement vielfältige Informationsmaterialien für einzelne Zielgruppen und begleitende Aktionstage vorbereitet. Die vor uns liegende Herausforderung aber sollte auf allen Ebenen des Landes gemeinschaftlich angegangen und politisch begleitet werden.
- Koordinierung einer zwischen Politik, Energiewirtschaft und Wohnungsgesellschaften und Vermietern **abgestimmten, einheitlichen Verbrauchsinformation an die Haushalte** (z. B. Checklisten, Daten, Einspartipps, Darlegung der aktuellen Versorgungssituation und der Rechte und Regelungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger).
- **Maximale Verbreitung dieser Information** über alle Kontaktpunkte des gesellschaftlichen Lebens wie öffentliche Einrichtungen, Kultureinrichtungen, Vereine und Unternehmen.
- Ein bundesweiter **Aktionstag an allen deutschen Schulen**, an dem umfassend Informationen zur Verfügung stehen und diese über die Schülerinnen und Schüler nach Hause getragen werden. So lassen sich viele Millionen Haushalte erreichen.
- **Auch Haushalte, deren Kosten für die Bereitstellung von Wärme gegenwärtig über Sozialleistungen finanziert sind, müssen Anreize zum Energiesparen haben.** Beispielsweise ein Gutschein für den Fall, dass im Vorjahresvergleich zehn Prozent weniger Energie verbraucht wird. Die Wohnungsbesitzer sollten gleichzeitig zu geringinvestiven Maßnahmen angehalten werden. Manchmal hilft schon eine Heizungsentlüftung, ein digitales Thermostat oder ein Isolierband.
- **Offene legislative Fragen in Wohn- und Nichtwohn-Gebäuden identifizieren und schnellstmöglich regeln.** Hier gilt es etwa bei Temperaturabsenkungen komplizierte Fragen zu klären. Dies muss unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure (Wohnungsgesellschaften, Mieterverein, Vermieter, Verbraucherschutz etc.) geschehen. Nur das schafft Vertrauen und Rechtssicherheit für Vermietende und Mietende.
- Zwingende Kombination von **möglichen Temperaturabsenkungen mit einem Heizungscheck**, der die optimalen Einstellungen der jeweiligen Heizungen sicherstellt.
- Einführung von **Einsparverpflichtungen für Energieversorger („Weiße Zertifikate“)** bei ihren Energiekunden. So werden professionelle Ressourcen aktiviert und kreative Ideen in der unmittelbaren Ansprache der Verbraucher intensiviert. Erste Unternehmen machen es freiwillig vor, indem sie Haushaltskunden, die weniger Energie verbrauchen, mit einem Gutschein belohnen.
- **Genehmigung von Förderanträgen beschleunigen, weitere Kürzungen von Fördermaßnahmen im Effizienzbereich vermeiden.** Alle Maßnahmen zur Förderung von Einsparungen und Fuel-Switch müssen schnellstmöglich genehmigt werden. Das gilt nicht nur für Aktivitäten, die diesen Winter helfen, sondern auch für die ebenfalls angespannte Situation im Folgejahr. Weitere Förderkürzungen sollten nicht stattfinden, denn dies sendet die falschen Signale.
- **Verbrauchstransparenz erhöhen.** Pilotprojekte und wissenschaftliche Studien zeigen, dass unmittelbare Transparenz über den Energieverbrauch Anreize zum Einsparen geben kann. Das geht durch digitale Thermostate, regelmäßige Haushaltsinformation oder Hinweise in den Hausfluren mit dem Zählerstand. Auch die Aufforderung zum regelmäßigen Ablesen der Zählerstände kann Effekte haben.

- **Breite und transparente Kommunikation der Notfallmaßnahmen und Abschaltreihenfolgen im Falle einer Gasmangellage.** Nur so kann eine Verunsicherung von Haushalten vermieden und Planungssicherheit für Unternehmen hergestellt werden. Die Informationsangebote der Bundesnetzagentur sind ein erster Schritt, müssen aber schnellstmöglich konkretisiert werden.

3) Sozialpolitische Implikationen und Entlastungsmaßnahmen

Die absehbaren Energiepreiserhöhungen können zu sozialen Herausforderungen und Spannungen führen. Die Belastungen werden sich angesichts der unterschiedlichen Wohn- und Heizungsstruktur sehr unterschiedlich verteilen. Haushalte mit direktelektrischer Heizung (in Deutschland aktuell ca. 5 Prozent Wärmepumpen und Nachtspeicher) werden deutlich weniger zusätzlich belastet als die knapp 50 Prozent, die mit Erdgas oder die knapp 15 Prozent, die mit Fernwärme heizen.

Neue Umlagen wie die geplante Gasumlage verstärken diese Entwicklung. Der Staat kann nicht alle Kosten übernehmen. Er muss gezielt und sehr schnell für ausreichende Entlastungen und eine gute Verteilung der Kosten sorgen. Das ist eine große sozialpolitische Herausforderung. Sie muss mit finanziellen Mitteln hinterlegt sein, die der Größe der Herausforderung entsprechen.

Als weitere Maßnahmen schlagen wir vor:

- **Die Bundesregierung sollte eine begleitende Fachkommission für die Legislaturperiode** einrichten, die unterschiedliche Perspektiven und Kompetenzen an den Tisch bringt, wichtige zu klärende Fragen rechtzeitig identifiziert, bei der Bewertung unterstützt und die Lücken in der Datenlage schließt.
- **Konkrete Entlastungsmaßnahmen sollten schnell auf den Weg gebracht werden**, um besonders betroffene Haushalte zu entlasten und Anreize zum Energiesparen nicht entgegenzuwirken.

4) Strommarkt: Verstromung von Erdgas

Die weitgehende Substitution von Erdgas in der Stromproduktion ist eine entscheidende Maßnahme, um ausreichend Erdgas zu sichern. Hierzu müssen andere Erzeugungstechnologien die sehr teure Stromerzeugung aus Gas aus dem Markt verdrängen. Ein wichtiger Schritt ist der zeitlich befristete Einsatz von Kohlekraftwerken aus der Sicherheitsbereitschaft und Netzreserve.

Gasverstromung wird vor allem benötigt, um Lastspitzen zu decken und flexibel auf Änderungen in der Erzeugung aus erneuerbaren Energien reagieren zu können. Dafür gibt es auch mittelfristig keine Alternative. Allerdings lassen sich die Zeiten, zu denen Gaskraftwerke benötigt werden und damit der Gasverbrauch senken.

Als weitere Maßnahmen schlagen wir vor:

- Neben der Reduktion des Gasverbrauchs ist auch eine **Reduktion des Stromverbrauchs** nötig, denn so wird mittelbar Gas eingespart.
- **Flexibilitätspotenziale insbesondere großer Verbraucher** sollten wo möglich aktiviert werden, um Lastspitzen zu vermeiden und den Einsatz von Gaskraftwerken zu minimieren.

- Der **Ausbau der erneuerbaren Energien muss so schnell wie möglich vorangetrieben** werden. Mit jeder Anlage wird Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern verdrängt und Gas eingespart. Auch wenn der Effekt für den kommenden Winter gering ist, ist dies der einzige nachhaltige Weg aus der Krise. Aktuell wird auch deshalb viel Gas verstromt, weil es ein großes Erzeugungsdefizit aus Atomstrom in Frankreich gibt. Es ist außerdem wahrscheinlich, dass angesichts einer verschärften Logistik-Situation für Kohle durch niedrige Flusspegel in den nächsten Wochen mehr Erdgas für die Verstromung und die Bereitstellung von Wärme benötigt wird. Für eine Beurteilung der erforderlichen Einsparpotenziale in den Sektoren ist es wichtig, zumindest eine Einschätzung für die Spannbreite des für die Gasverstromung erforderlichen Erdgases in diesem Winter zu haben.

Bei Interesse oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Lisa Völker, Pressereferentin

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)

Chausseestraße 128 a

10115 Berlin

Tel: +49 (0)30 66 777-485

Fax: +49 (0)30 66 777-699

E-Mail: presse@dena.de

Internet: www.dena.de